



Verwaltungsgericht Köln

Beschluss

10 L 1216/06

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

1. des
2. der
3. des minderjährigen Kindes

sämtlich wohnhaft:

Antragsteller,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Dr. Birnbaum und Günther, Hohenzollernring 39-41, 50672 Köln,
Gz.: 250/06EG09,

gegen

das Schulamt

Antragsgegner,

wegen Schulrecht

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln
am 15.08.2006

durch

den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht

die Richterin am Verwaltungsgericht

den Richter am Verwaltungsgericht

Dittmers,

Nagel und

Dr. Vogt

beschlossen:

1. Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Antragsteller gegen den Bescheid des Antragsgegners vom 13.06.2006 wird wiederhergestellt.

Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens.

2. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 2.500,- Euro festgesetzt.

G r ü n d e

Der Antrag,

die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Antragsteller gegen den Bescheid des Antragsgegners vom 13.06.2006 wiederherzustellen,

hat Erfolg.

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann das Verwaltungsgericht in den Fällen, in denen die Verwaltungsbehörde die sofortige Vollziehung der angegriffenen Verfügung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet hat, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wiederherstellen. Im Rahmen der dabei vorzunehmenden Interessenabwägung überwiegt mit Rücksicht auf die Erfolgsaussichten des eingelegten Rechtsbehelfs das Interesse der Antragsteller, vorläufig von einer Vollziehung des angeordneten Schulwechsels des Antragstellers zu 3) verschont zu bleiben.

Die Anordnung des Schulwechsels wird sich voraussichtlich als rechtswidrig erweisen, weil die dafür erforderliche Rechtsgrundlage fehlt. Insbesondere ermächtigt § 46 Abs.4 Satz 1 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der bei Erlass des Bescheids geltenden Fassung - SchulG a.F. - den Antragsgegner nicht, den Antragsteller zu 3) einer anderen Schule zuzuweisen, um nach der anonymen Bedrohung seiner Klassenlehrerin den Schulfrieden an der bisher besuchten Schule wiederherzustellen. Nach dieser Bestimmung kann die Schulaufsichtsbehörde einen Schüler nach Anhörung der Eltern und der beteiligten Schulträger einer bestimmten Schule am Wohnort oder in einer anderen Gemeinde zuweisen. Diese Regelung, deren Wortlaut keine materiellen Tatbestandsvoraussetzungen aufstellt, die aber in ihrer Rechtsfolge erheblich in die Rechte des betroffenen Schülers eingreift, wenn diese gegen seinen Willen erfolgt, muss in ihrem systematischen Zusammenhang ausgelegt werden. § 46 Abs.1, 2 SchulG a.F. regelt die Aufnahme eines Schülers in eine Schule, die bei

Kapazitätserschöpfung abgelehnt werden kann. § 46 Abs.3 und 4 SchulG a.F. knüpfen an die Regelungen des früheren § 28 Schulverwaltungsgesetz an; sie dienen der Stärkung des Wahlrechts der Eltern bezüglich einer Schulform; dabei soll das Recht auf Zulassung zu auswärtigen Schulen mit dem Instrument der Zuweisung gegenüber den Schulträgern unter Einschränkung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts durchgesetzt werden können, wenn die Kapazität der wohnortnahen Schulen erschöpft ist

- vgl. Schulrechtshandbuch für das Land Nordrhein-Westfalen, § 46 SchulG, Rdnrn.7, 8; zur entsprechenden Zielrichtung der Vorgängerregelung vgl. Margies/Roeser, Schulverwaltungsgesetz, 3.Auflage, § 28 Rdnrn. 3 ff.

Dieser besondere Normzweck verbietet es, § 46 Abs.4 Satz 1 SchulG a.F. als Grundlage für anderweitig motivierte Zuweisungsentscheidungen der Schulaufsichtsbehörde heranzuziehen.

Soweit der Verbleib eines Schülers an einer Schule deren geordnete Unterrichts- und Erziehungsarbeit beeinträchtigt oder eine Gefahr für Mitschüler oder Lehrer begründet, enthält das SchulG in § 53 (Ordnungsmaßnahmen wegen Fehlverhaltens des Schülers) und § 54 (gefährliche Erkrankungen des Schülers) spezielle Rechtsgrundlagen für den Schulausschluss, die Schulentlassung sowie die Zuweisung an eine andere Schule, deren Voraussetzungen bei dem Antragsteller zu 3) indessen nicht festgestellt worden sind. Sonstige Ermächtigungsgrundlagen für die Zuweisung an eine andere Schule sind dem SchulG nicht zu entnehmen.

Die Kammer verkennt nicht, dass der Antragsgegner den Schulwechsel in dem Bemühen angeordnet hat, einerseits den Sicherheitsinteressen der betroffenen Lehrerin und ihrer Kollegen sowie dem Interesse an einem unbeeinträchtigten Schulklima Rechnung zu tragen und andererseits dem Antragsteller zu 3) eine unbelastete Fortsetzung seiner Schullaufbahn zu ermöglichen. Dementsprechend erscheint ein einvernehmlicher Verbleib des Antragstellers zu 3) an der zwischenzeitlich besuchten Hauptschule für alle Beteiligten sinnvoll. Dies vermag indessen nichts daran zu ändern, dass sich die zwangsweise Zuweisung des Antragstellers zu 3) an diese Schule als rechtlich nicht tragfähig erweist.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs.1 VwGO.

Die Streitwertfestsetzung folgt aus §§ 53 Abs.3 Nr.2, 52 Abs.1 GKG.; Die Kammer hat wegen des vorläufigen Charakters des Verfahrens die Hälfte des Anfangstreitwerts zugrundegelegt.

Rechtsmittelbelehrung